



Regierungsratsbeschluss vom 26. Juni 2018

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF:
Änderung der Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäfts-
räumen; Vernehmlassung

P180357

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Wohnungswesen.

Begründung

Der Regierungsrat lehnt in der eidgenössischen Vernehmlassung die Änderung der Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen ab.

Um der fortschreitenden Digitalisierung und dem Aufkommen von Beherbergungsplattformen wie z.B. Airbnb besser Rechnung zu tragen, schlägt der Bundesrat vor, die Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen mit einem neuen Artikel zu ergänzen, wonach eine generelle Zustimmung zur wiederholten kurzzeitigen Untermiete von der Vermieterin oder dem Vermieter eingeholt werden kann. Der Regierungsrat vertritt jedoch die Auffassung, dass der Vorschlag des Bundesrates den negativen Auswirkungen wiederholter kurzzeitiger Untervermietungen über Airbnb etc. auf die anderen Mietparteien und die Vermieterschaft nicht genügend Rechnung trägt. Deshalb lehnt er die Vorlage in der jetzigen Form ab und regt an, eine alternative Lösung auf Gesetzesstufe zu erarbeiten.

